

April 2019

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

ARD-DeutschlandTREND



Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
70 Jahre NATO – aus Sicht der Bürger ein Bündnis für den Frieden	3
Erhöhung der Verteidigungsausgaben stößt eher auf Ablehnung	4
Breite Mehrheit bedauert EU-Austritt Großbritanniens	5
Brexit rückt Vorteile der deutschen EU-Mitgliedschaft ins Bewusstsein	6
Klimapolitik: Neun von Zehn sehen Lösungen auf europäischer Ebene	7
Sonntagsfrage Europawahl: Union und SPD mit Verlusten, Grüne knapp auf Platz 2	8
Direktwahl Kommissionspräsident: knapper Vorsprung für Weber vor Timmermans	9
Zwei Drittel unzufrieden mit der Bundesregierung.....	10
Politikerbewertung: Kritische Sicht auf die meisten Akteure.....	11
Sonntagsfrage Bundestagswahl: wenig Veränderung der politischen Stimmung	13
Bezahlbarer Wohnraum - vor allem in Großstädten ein Problem.....	15

ARD – DeutschlandTREND April 2019

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Claudia Müller	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.003 Befragte Sonntagsfrage: 1.503 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	1. bis 2. April 2019 Sonntagsfrage: 1. bis 3. April 2019	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

70 Jahre nach Gründung der NATO halten in Deutschland große Mehrheiten die Verteidigungsallianz für wichtig, um den Frieden in Europa zu sichern (82 Prozent, -5 Punkte im Vergleich zu Juli 2016) und im Rahmen eines Bündnisses Deutschland international Gewicht zu verschaffen (71 Prozent). In der Konsequenz sind kritische Stimmen, die die NATO als überflüssig erachten und für die Auflösung des Bündnisses plädieren, deutlich in der Minderheit (15 Prozent, +4 im Vergleich zu Februar 2015). Die Umsetzung des NATO-Beschlusses, der von allen Mitgliedsstaaten Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts fordert, wird jedoch von gut jedem Zweiten (53 Prozent) abgelehnt. Demgegenüber sind 43 Prozent der Meinung, dass die entsprechende Erhöhung der Militärausgaben umgesetzt werden soll.

Nachdem verschiedenste Austrittsszenarien im britischen Unterhaus bisher keine Mehrheit gefunden haben, wird Großbritannien die Europäische Union voraussichtlich bald verlassen. Dieser Schritt stößt in Deutschland nach wie vor bei großen Teilen der Bevölkerung (74 Prozent, -5 Punkte im Vergleich zum Februar 2019) auf Bedauern. Trotz der ungelösten Konflikte um gangbare Brexit-Deals begrüßen nur 16 Prozent den EU-Austritt Großbritanniens. Die Debatte um den Brexit und seine vertragliche Ausgestaltung scheint ein europafreundliches Klima in Deutschland zu befördern. Aktuell sieht knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent) eher Vorteile in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands, für 12 Prozent überwiegen die Nachteile. Für 38 Prozent halten sich Vor- und Nachteile die Waage.

Nach Ansicht der Bundesbürger ist in Zukunft auf vielen Politikfeldern in erster Linie die Europäische Union und nicht die nationalen Regierungen gefordert. Dies gilt in besonderem Maße für die Klimapolitik, die, so die Forderung von 88 Prozent, auf europäischer Ebene bearbeitet werden soll. Auch für die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik (75 Prozent), die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Verteidigungs- und Außenpolitik (73 und 69 Prozent) werden mit klarer Überzahl Lösungsansätze auf europäischer Ebene eingefordert.

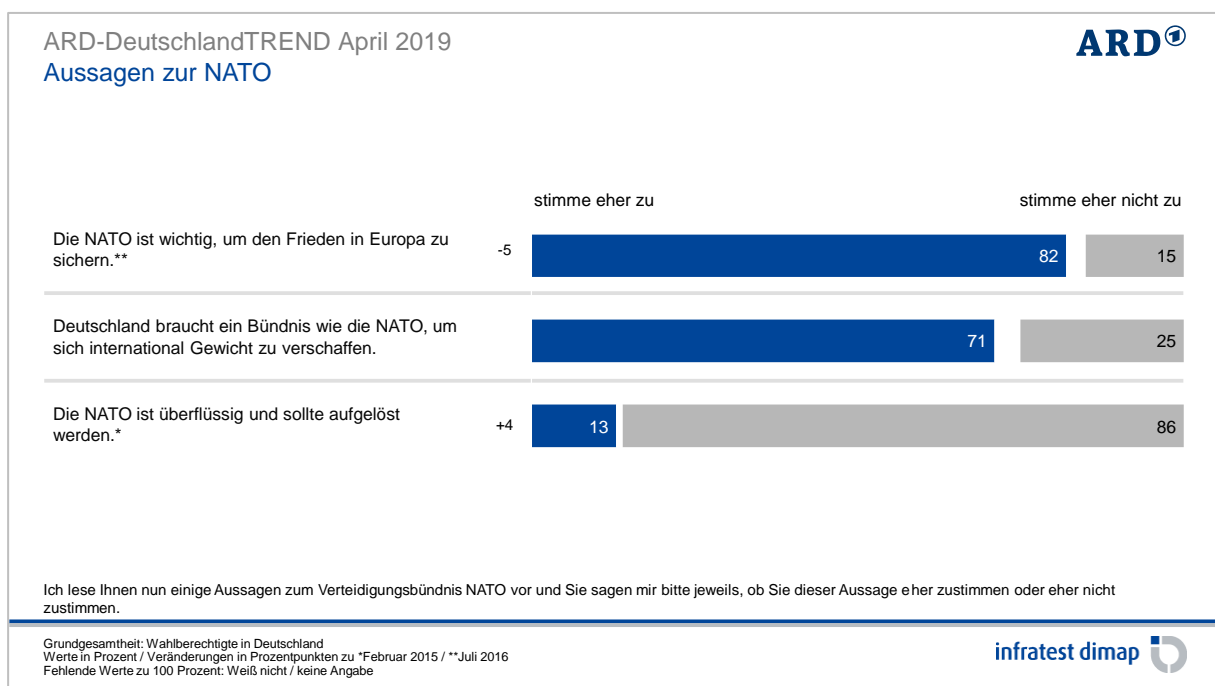
Während die politische Stimmung zur Bundestagswahl weitgehend stabil ist, verlieren die beiden Regierungsparteien Rückhalt mit Blick auf die Europawahl. Würden die deutschen Wahlberechtigten in Deutschland bereits jetzt zur Urne gerufen, käme die Union auf einen Stimmenanteil von 30 Prozent (-2 Punkte im Vergleich zum Vormonat). Auch die SPD muss einen Verlust von zwei Punkten verkraften und würde derzeit 17 Prozent erreichen. Auch wenn derzeit noch offen ist, wer Ende Mai als zweitstärkste Kraft aus der Wahl zum Europäischen Parlament hervorgeht, liegen die Grünen aktuell mit einem Stimmenanteil von 19 Prozent (+1) vor den Sozialdemokraten. AfD (11 Prozent) und Linke (7 Prozent) halten ihre Wähleranteile stabil. Die FDP könnte 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, ein Plus von 1 Punkt. Daneben treten 34 weitere Parteien und Vereinigungen zur Europawahl an. Auf diese entfallen insgesamt 9 Prozent, wobei alle Einzelparteien momentan jeweils unter 3 Prozent liegen.

Am Samstag sind in verschiedenen Städten Demonstrationen geplant, auf denen der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigende Mieten zentrale Themen sind. Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum ist für ein Drittel der Bürger (33 Prozent) nach eigenen Angaben aktuell ein sehr großes oder großes Problem. Besonders problematisch gestaltet sich die Situation in Großstädten, wo es aus Sicht jedes Zweiten (48 Prozent) schwierig ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Menschen in Haushalten mit niedrigem Einkommen sind mit 40 Prozent etwas stärker betroffen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Auch wenn nur ein Teil der Bevölkerung direkt von der schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt betroffen ist, kennen viele das Problem aus ihrem persönlichen Umfeld. Drei Viertel der Bürger (77 Prozent) geben an, immer wieder mitzubekommen, wie schwer es ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Mehr als die Hälfte der Deutschen (59 Prozent) nimmt nach eigenen Angaben starke Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wahr und 41 Prozent empfinden die Ausgaben für Wohnraum als deutlich stärkere Belastung als vor fünf Jahren.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

70 Jahre NATO – aus Sicht der Bürger ein Bündnis für den Frieden

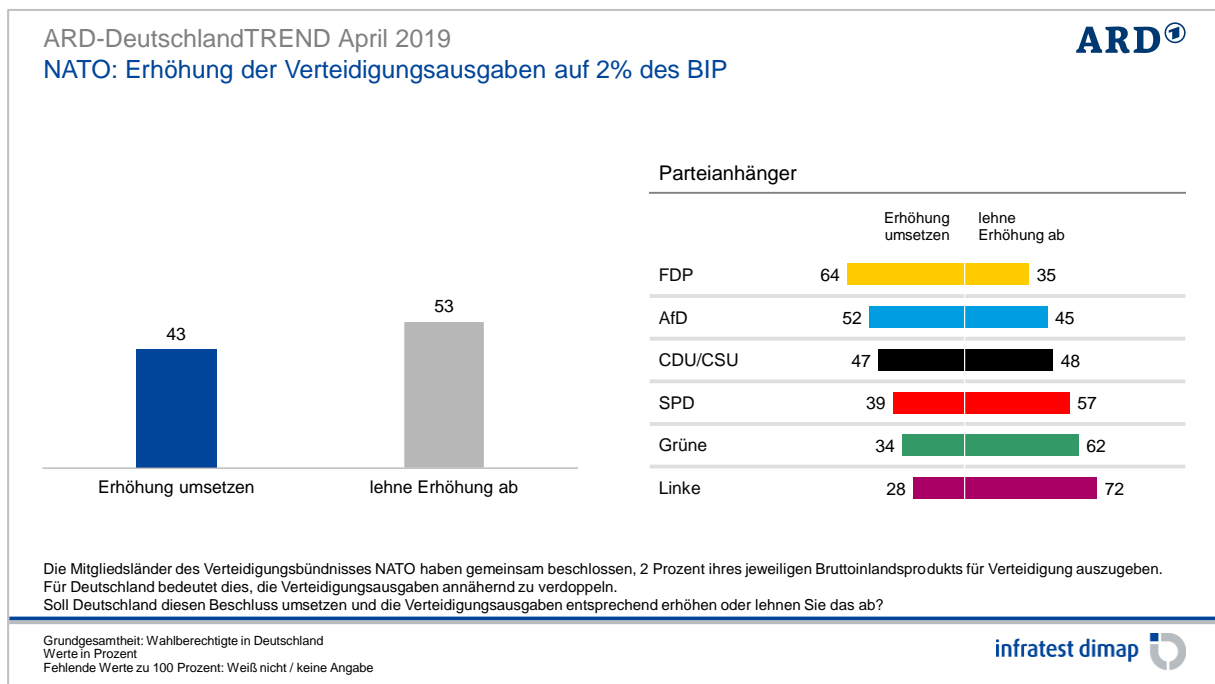
Am 4. April 1949 unterzeichneten zwölf Staaten den Nordatlantikvertrag und gründeten damit knapp vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die NATO. Die im NATO-Vertrag formulierten Ziele, wie zum Beispiel die Beistandspflicht und Verpflichtung zur Friedenserhaltung, prägen auch im 70. Jubiläumsjahr die Wahrnehmung des Militärbündnisses. So halten in Deutschland große Mehrheiten die NATO für wichtig, um den Frieden in Europa zu sichern (82 Prozent, -5 Punkte im Vergleich zu Juli 2016) und im Rahmen eines Bündnisses Deutschland international Gewicht zu verschaffen (71 Prozent). In der Konsequenz sind kritische Stimmen, die die NATO als überflüssig erachten und für die Auflösung des Bündnisses plädieren, deutlich in der Minderheit (15 Prozent, +4 im Vergleich zu Februar 2015).



In den östlichen Bundesländern fällt der Rückhalt für die NATO etwas geringer als den westlichen Bundesländern aus. Ebenfalls etwas kritischer als der Durchschnitt stehen Anhänger von Linken und AfD der NATO gegenüber. Doch auch in diesen Gruppen wird die NATO mehrheitlich als Garant für Frieden gesehen und ihre Existenzberechtigung nicht grundsätzlich in Frage gestellt.

Erhöhung der Verteidigungsausgaben stößt eher auf Ablehnung

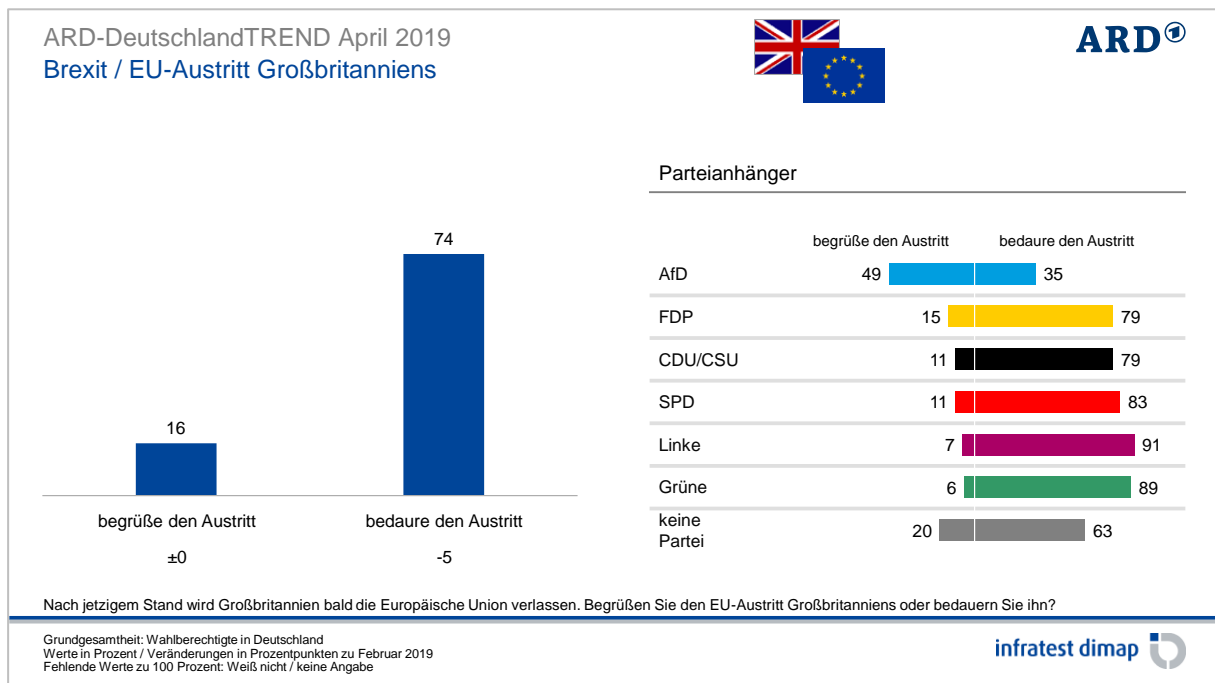
Auch wenn das westliche Militärbündnis von den Bundesbürgern grundsätzlich nicht in Frage gestellt wird, geht damit nicht unbedingt eine höhere Bereitschaft einher, Deutschlands Beitrag zum NATO-Haushalt deutlich zu erhöhen. Die Umsetzung des NATO-Beschlusses, der von allen Mitgliedsstaaten Verteidigungsausgaben in Höhe von zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts fordert, wird in Deutschland von gut jedem Zweiten (53 Prozent) abgelehnt. Demgegenüber sind 43 Prozent der Meinung, dass die Erhöhung der Militärausgaben umgesetzt werden soll.



Überdurchschnittlich hoch ist die Ablehnung steigender Verteidigungsausgaben in den östlichen Bundesländern (68 Prozent), unter Geringverdienern (74 Prozent) und Anhängern der Linken (72 Prozent) und der Grünen (62 Prozent). Auch stehen Frauen einer Erhöhung des Verteidigungshaushaltes weniger offen gegenüber als Männer. Lediglich unter den Anhängern von FDP und AfD findet die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2% des BIP mehrheitlich Anklang.

Breite Mehrheit bedauert EU-Austritt Großbritanniens

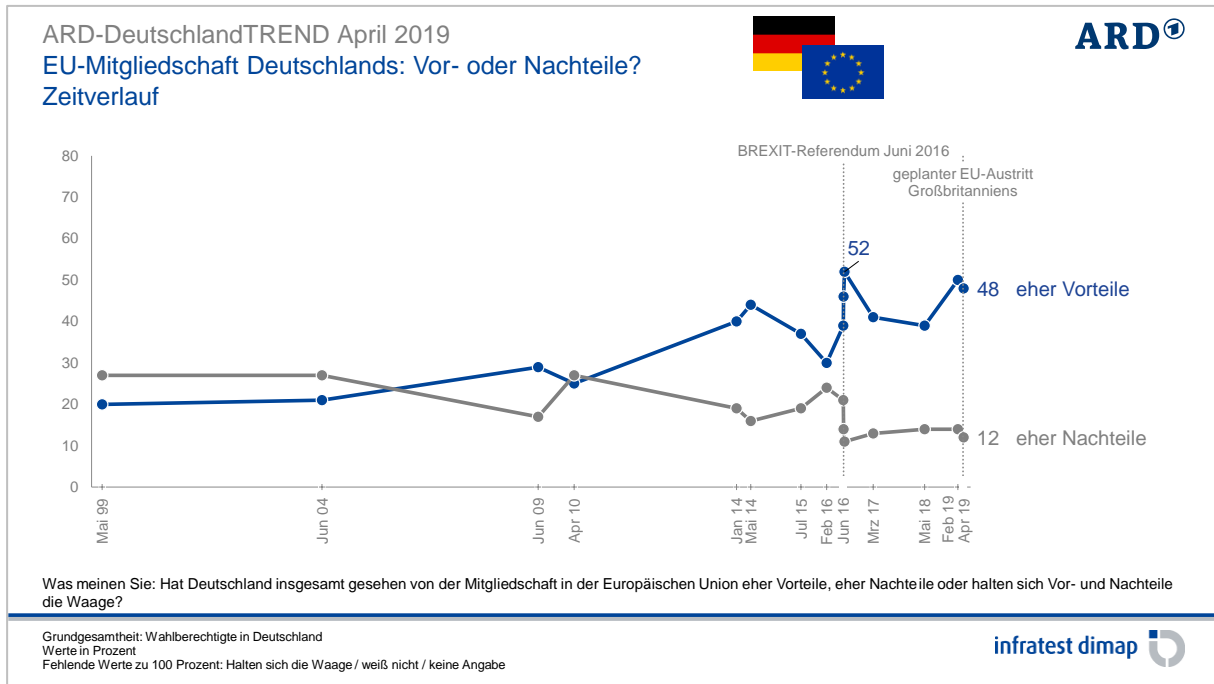
Nachdem verschiedenste Austritts-Szenarien im britischen Unterhaus bisher keine Mehrheit gefunden haben, wird Großbritannien nach jetzigem Stand die Europäische Union bald verlassen. Dieser Schritt stößt in Deutschland nach wie vor bei großen Teilen der Bevölkerung auf Bedauern (74 Prozent, -5 Punkte im Vergleich zum Februar 2019). Trotz der ungelösten Konflikte um gangbare Brexit-Deals begrüßen nur 16 Prozent den EU-Austritt Großbritanniens. Die Haltung der Deutschen zum EU-Austritt Großbritanniens hat sich damit seit dem Brexit-Referendum vom Juni 2016 nicht wesentlich verändert.



Das Bedauern über den Austritt Großbritanniens überwiegt in den meisten Bevölkerungsgruppen. Eine Ausnahme bilden die Anhänger der in ihren Wurzeln EU-kritischen AfD, in deren Reihen jeder zweite den EU-Austritt des Vereinigten Königreiches begrüßt (49:35 Prozent).

Brexit rückt Vorteile der deutschen EU-Mitgliedschaft ins Bewusstsein

Ähnlich wie im Februar scheint die Debatte um den Brexit und seine vertragliche Ausgestaltung ein europafreundliches Klima in Deutschland zu befördern. Aktuell sieht knapp die Hälfte der Bundesbürger (48 Prozent, -2 Punkte im Vergleich zum Februar) eher Vorteile in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands, 12 Prozent (-2) machen eher Nachteile aus. Für 38 Prozent (+4) halten sich Vor- und Nachteile die Waage.

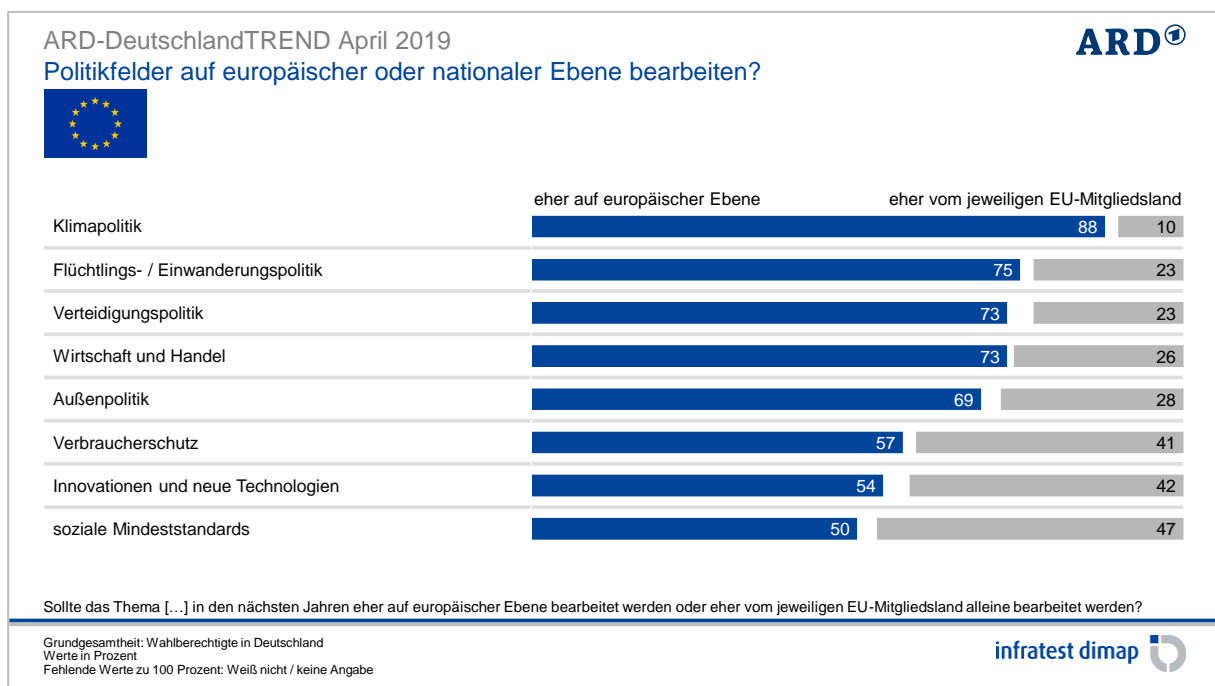


Damit sehen fast genauso viele Vorteile in der EU-Mitgliedschaft Deutschlands wie unmittelbar nach dem Brexit-Referendum im Juni 2016 (damals 52 Prozent).

Vorteile in der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zur Europäischen Union sehen die Anhänger aller Parteien – auch hier mit Ausnahme der AfD sowie bekennender Nichtwähler.

Klimapolitik: Neun von Zehn sehen Lösungen auf europäischer Ebene

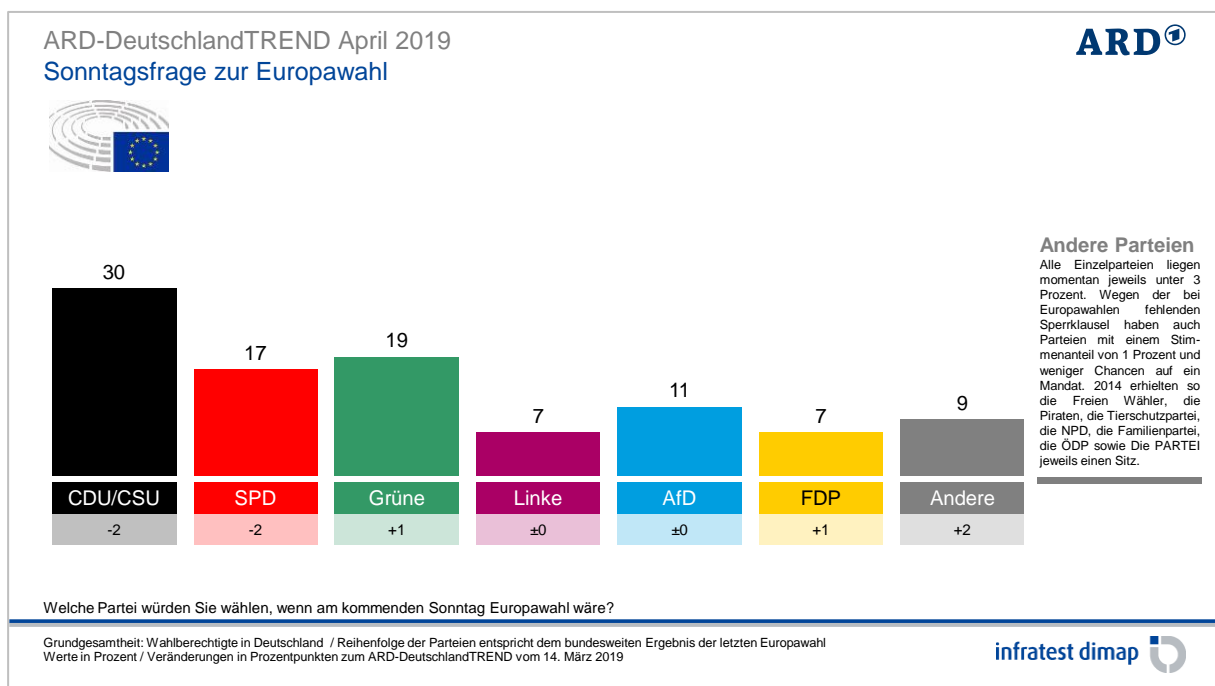
Im Zusammenhang mit den Vor- und Nachteilen einer EU-Mitgliedschaft wird auch immer wieder darüber diskutiert, wie weit die Zuständigkeit der Europäischen Union gehen soll. Im Kern geht es darum, welche Aufgaben in der Hand der Mitgliedsstaaten liegen und welche auf europäischer Ebene behandelt werden sollen. Ein politischer Schwerpunkt der Europäischen Union ist aus Sicht der Bundesbürger der Klimaschutz, der nach Meinung einer breiten Mehrheit (88 Prozent) auf europäischer Ebene anzusiedeln ist. Aber auch für die Flüchtlings- und Einwanderungspolitik (75 Prozent), die Handels- und Wirtschaftspolitik sowie die Verteidigungs- und Außenpolitik (73 und 69 Prozent) werden Lösungsansätze auf europäischer Ebene präferiert.



Auch beim Verbraucherschutz (57 Prozent) und Innovationen und neuen Technologien (54 Prozent) spricht sich eine – wenngleich deutlich schmäler ausfallende – Mehrheit der Deutschen für die Zuständigkeit auf europäischer Ebene aus. Bei der Sicherung sozialer Mindeststandards ist das Meinungsbild geteilt (50:47 Prozent).

Sonntagsfrage Europawahl: Union und SPD mit Verlusten, Grüne knapp auf Platz 2

Am 26. Mai findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Würden die Wahlberechtigten in Deutschland bereits jetzt zur Urne gerufen, käme die **Union** auf einen Stimmenanteil von 30 Prozent, ein Minus von 2 Prozentpunkten im Vergleich zum Vormonat. Auch die **SPD** muss einen Verlust von zwei Punkten verkraften und würde derzeit 17 Prozent erreichen. Auch wenn derzeit noch offen ist, wer Ende Mai als zweitstärkste Kraft abschneiden wird, liegen die **Grünen** aktuell mit einem Stimmenanteil von 19 Prozent (+1) vor den Sozialdemokraten. **AfD** (11 Prozent) und **Linke** (7 Prozent) halten ihre Wähleranteile stabil. Die **FDP** könnte 7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, ein Plus von 1 Punkt.

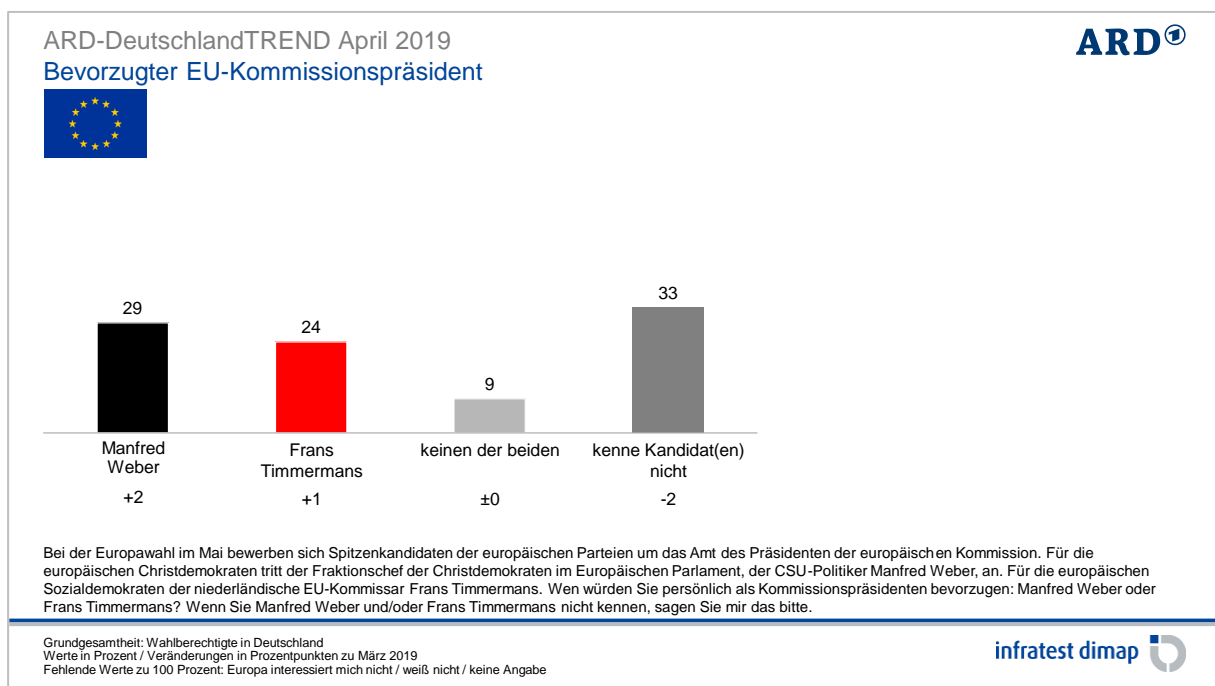


Daneben treten **34 weitere Parteien und Vereinigungen** zur Europawahl an. Auf diese entfallen insgesamt 9 Prozent (2014: 8,7 Prozent) wobei alle Einzelparteien momentan jeweils unter 3 Prozent liegen. Wegen der bei Europawahlen fehlenden Sperrklausel haben auch Parteien mit einem Stimmenanteil von 1 Prozent und weniger Chancen auf einen Sitz im Europaparlament. Zur Europawahl 2014 erhielten so die Freien Wähler (1,5 Prozent), die Piraten (1,4 Prozent), die Tierschutzpartei (1,2 Prozent), die NPD (1,0 Prozent), die Familienpartei (0,7 Prozent), die ÖDP (0,6%) sowie Die PARTEI (0,6%) jeweils einen Sitz.

Die Sonntagsfrage zur Europawahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Direktwahl Kommissionspräsident: knapper Vorsprung für Weber vor Timmermans

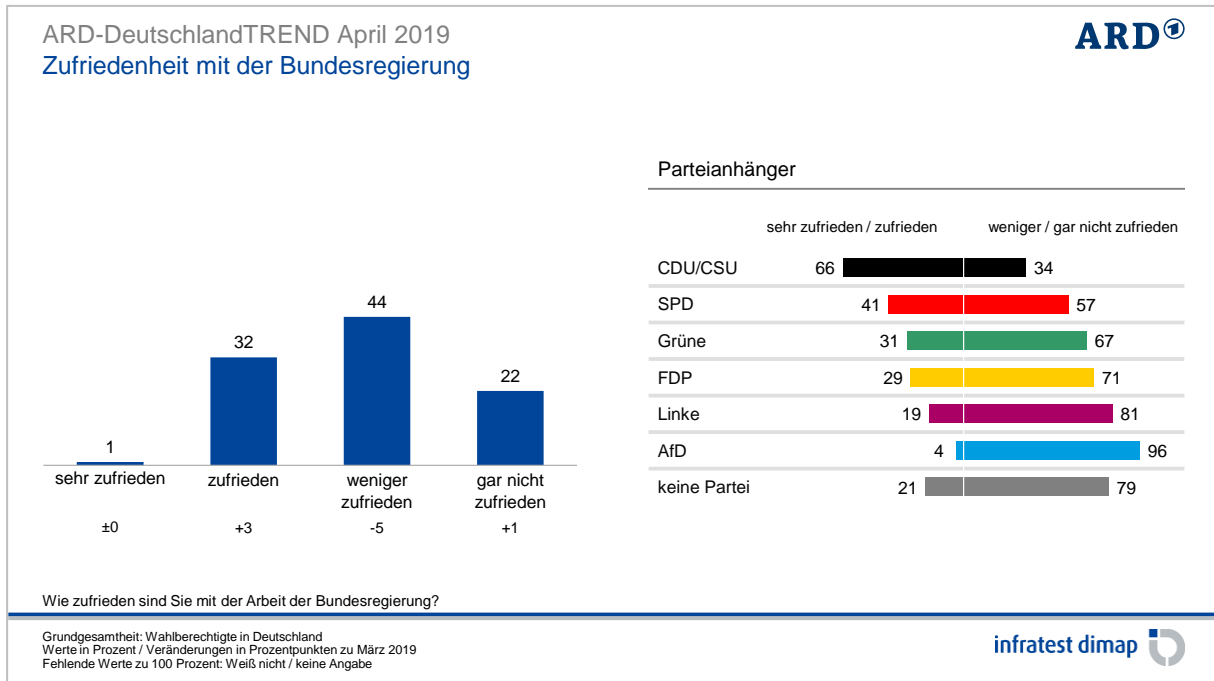
Nach der Europawahl steht auch die Neuwahl des Präsidenten der Europäischen Kommission an. Für die europäischen Volksparteien EVP tritt der CSU-Politiker Manfred Weber an, für die Sozialdemokraten kandidiert der niederländische EU-Kommissar Frans Timmermans. Die Präferenzen der Bundesbürger liegen dabei auf Seiten von Manfred Weber, allerdings mit einem knappen Vorsprung gegenüber seinem Mitbewerber: Für den CSU-Politiker würden sich 29 Prozent entscheiden, 24 Prozent würden Frans Timmermans vorziehen. Jeder Zehnte (9 Prozent) würde lieber einen anderen Politiker in diesem Amt sehen. Jeder Dritte (33 Prozent) erklärt, einen oder beide Kandidaten gar nicht zu kennen.



Die eigene parteipolitische Orientierung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Die Wähler der Union und der FDP sprechen sich mit absoluten Mehrheiten von 53 bzw. 58 Prozent für Manfred Weber aus, während 52 Prozent im Lager der SPD Frans Timmermans den Vorzug geben. Der Niederländer kann auch relative Mehrheiten in den Reihen der Linken- und der Grünen-Anhänger für sich verbuchen.

Zwei Drittel unzufrieden mit der Bundesregierung

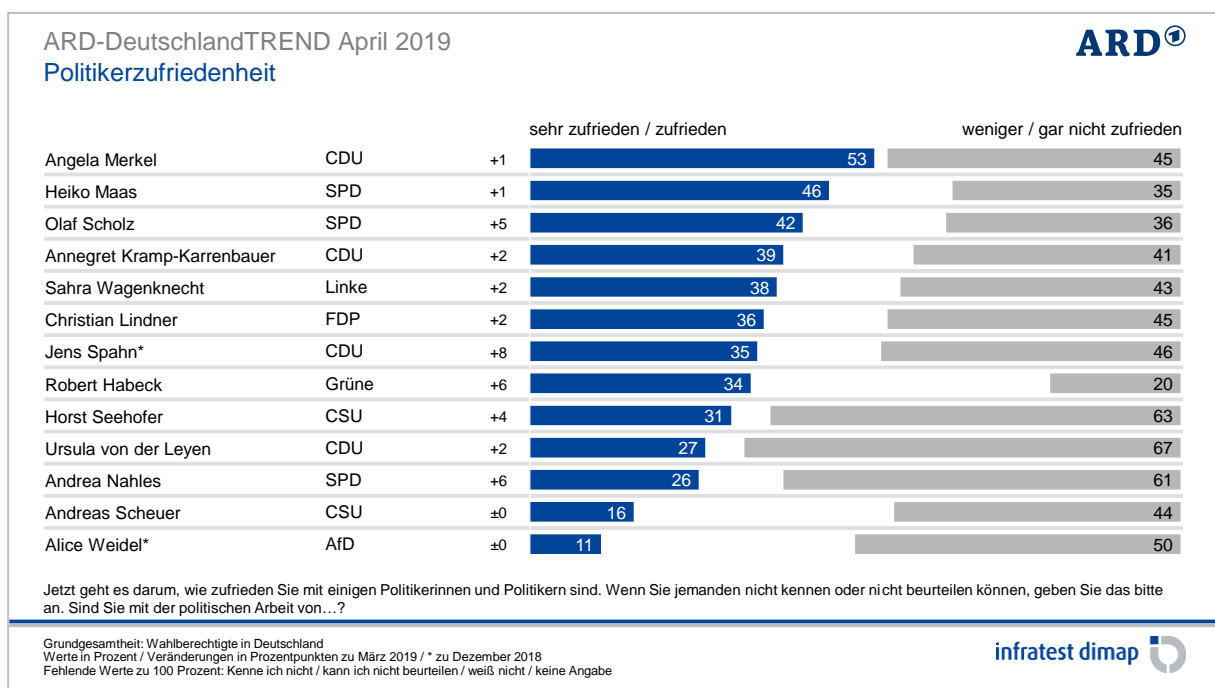
Nach wie vor ist der Blick auf die schwarz-rote Bundesregierung sehr kritisch, auch wenn sich das Ansehen der Bundesregierung in den zurückliegenden Wochen leicht verbessert hat. Im April erklären 33 Prozent der Bürger, sie seien mit der Arbeit des Berliner Kabinetts sehr zufrieden bzw. zufrieden – ein Plus von 3 Punkten. Weniger zufrieden äußern sich 44 Prozent und weitere 22 Prozent lehnen den Kurs der Bundesregierung rundweg ab.



Ein positives Bild überwiegt nur bei den Unions-Anhängern (66:34 Prozent). In den Reihen des Koalitionspartners SPD sind dagegen die Kritiker nach wie vor in der Mehrzahl (41:57 Prozent), erwartungsgemäß noch deutlicher ist dies unter den Anhängern der Oppositionsparteien und bei Wahlberechtigten der Fall, die aktuell keine Parteipräferenz haben.

Politikerbewertung: Kritische Sicht auf die meisten Akteure

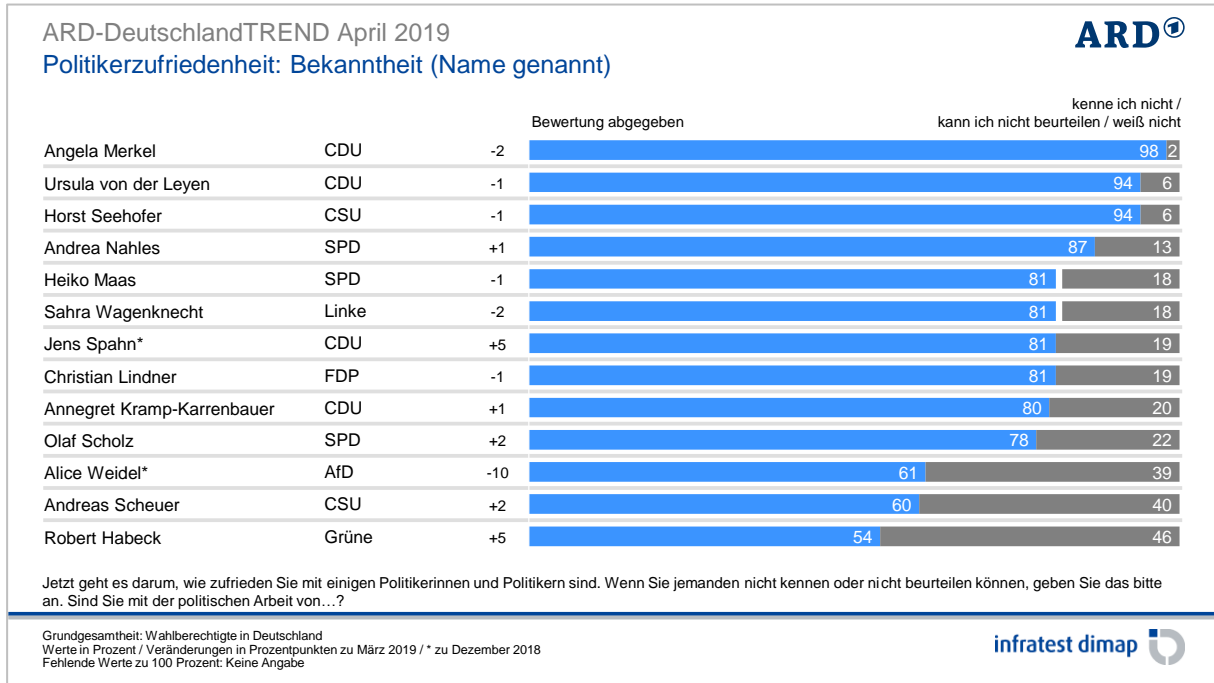
Weiterhin gelingt es der Bundeskanzlerin nicht, an ihre früheren Popularitätswerte anzuknüpfen: Derzeit ist gut die Hälfte der Deutschen (53 Prozent, +1) mit der Arbeit von Angela **Merkel** sehr zufrieden bzw. zufrieden. Seit dem Start der aktuellen Regierung im März 2018 konnte sich Merkel nicht wesentlich profilieren. Der SPD-Außenminister verharnt ebenfalls auf dem Niveau des Vormonats (46 Prozent, +1). Heiko **Maas** vermag nach wie vor nicht, die Beliebtheitswerte früherer Außenminister zu erreichen. Ihnen folgt SPD-Finanzminister Olaf **Scholz**, der sich mit 42 Prozent gegenüber dem Vormonat deutlich verbessern konnte (+5 Punkte). Lediglich diese drei Regierungsmitglieder erhalten überwiegend gute Noten von der Bevölkerung, bei allen anderen abgefragten Kabinettsmitgliedern überwiegt die Unzufriedenheit.



Der im Vormonat beobachtbare Negativtrend für die CDU-Vorsitzende Annegret **Kramp-Karrenbauer** ist vorerst gestoppt. Durch einen leichten Ansehensgewinn um 2 Punkte kommt sie derzeit auf 39 Prozent Zustimmung. In einem eng gestaffelten Mittelfeld befinden sich die Fraktionsvorsitzende der Linken Sahra **Wagenknecht** (38 Prozent, +2), der FDP-Chef Christian **Lindner** (36 Prozent, +2), Gesundheitsminister Jens **Spahn** (35 Prozent), und der Vorsitzende der Grünen Robert **Habeck**, der sich mit 6 Punkten deutlich auf 34 Prozent verbessern konnte. Sowohl für Spahn als auch für Habeck sind dies ihre bisher besten Werte im ARD-DeutschlandTREND – allerdings überwiegt bei Spahn die kritische Bewertung seiner Arbeit, bei Habeck (bei deutlich niedrigerem Bekanntheitsgrad) die positive.

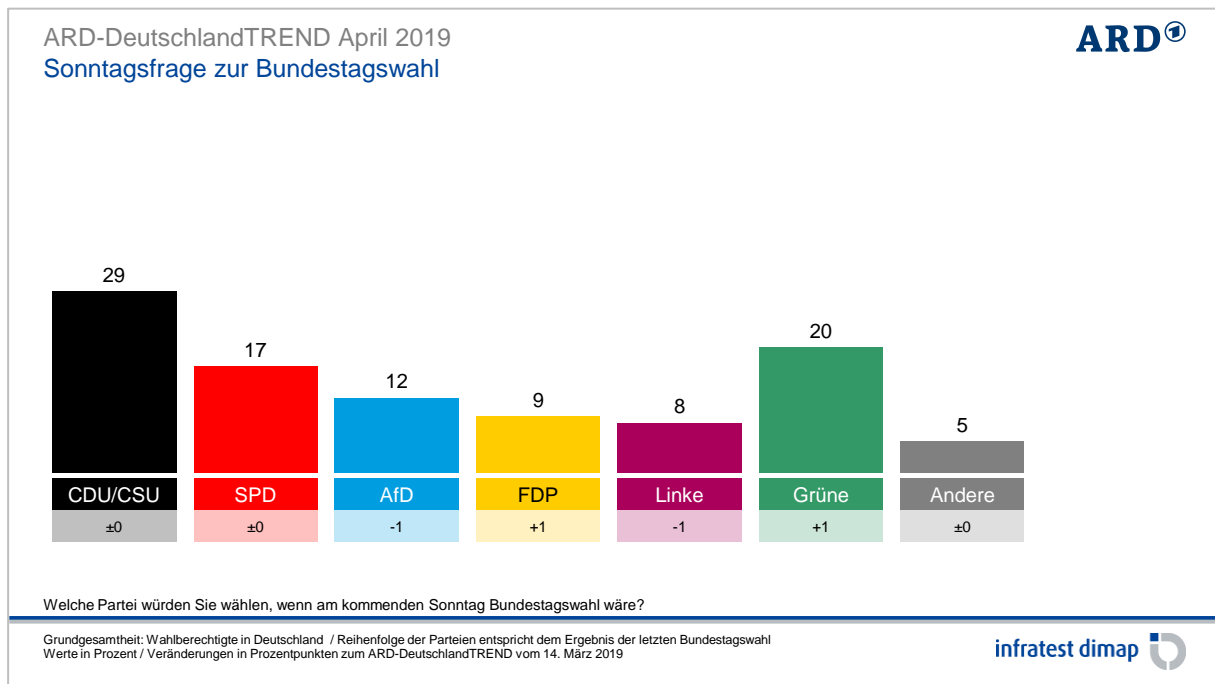
Ebenfalls mehr Zustimmung erfährt CSU-Innenminister Horst **Seehofer** mit einem Plus von 4 Punkten auf nun 31 Prozent. Über CSU-Verteidigungsministerin Ursula **von der Leyen** äußern sich 27 Prozent zufrieden (+2). Die SPD-Vorsitzende Andrea **Nahles** wird im April mit 26 Prozent um 6 Punkte besser als im Vormonat bewertet. Verkehrsminister Andreas **Scheuer** von der CSU kommt

auf unverändert 16 Prozent Zustimmung. An letzter Stelle rangiert die Fraktionsvorsitzende der AfD, Alice **Weidel**, mit 11 Prozent positiven Urteilen.

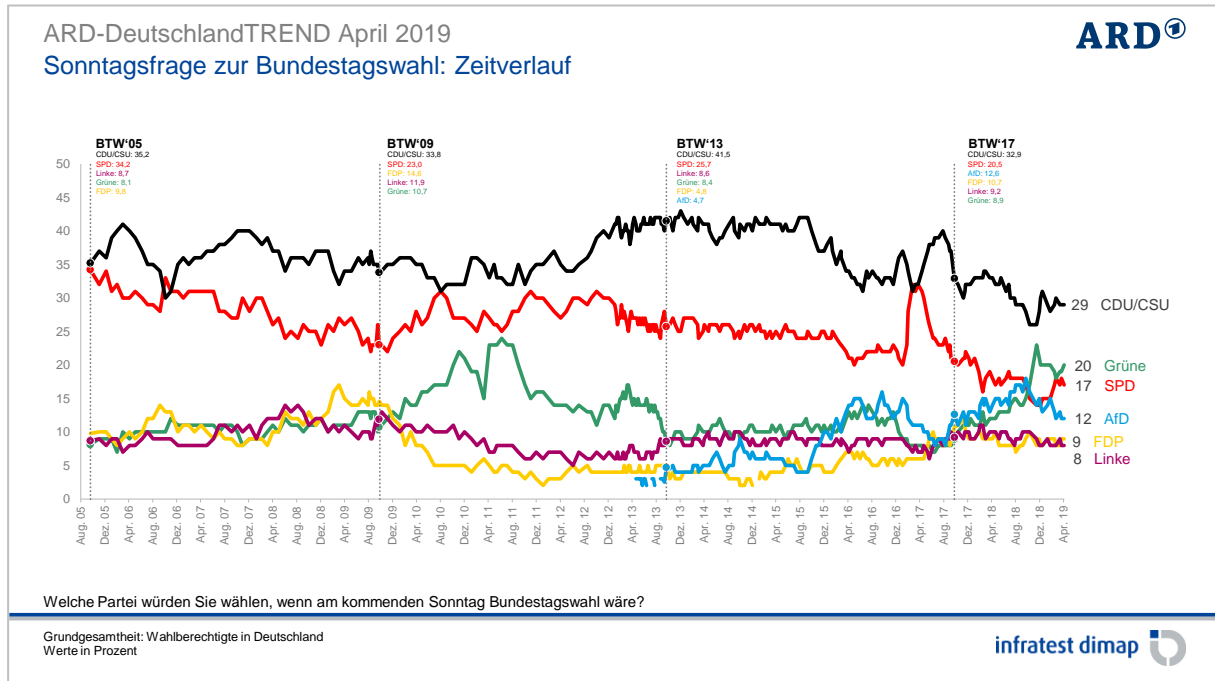


Sonntagsfrage Bundestagswahl: wenig Veränderung der politischen Stimmung

Die aktuelle bundespolitische Stimmung ist weitgehend stabil. Die **Union** käme wie im Vormonat auf 29 Prozent der Stimmen und ist damit stärkste Kraft. Der kleinere Regierungspartner **SPD** bleibt stabil bei 17 Prozent. Zugleich können die **Grünen** ihren Wähleranteil aktuell auf 20 Prozent ausbauen (+1) und sind damit weiterhin zweitstärkste Kraft. Die **AfD** verliert leicht und erreicht 12 Prozent (-1). Gleiches gilt für die **Linke** (8 Prozent, -1), während die **Liberalen** ihren Stimmenanteil leicht ausbauen können (9 Prozent, +1). Alle anderen Parteien erreichen zusammen genommen 5 Prozent der Stimmen.



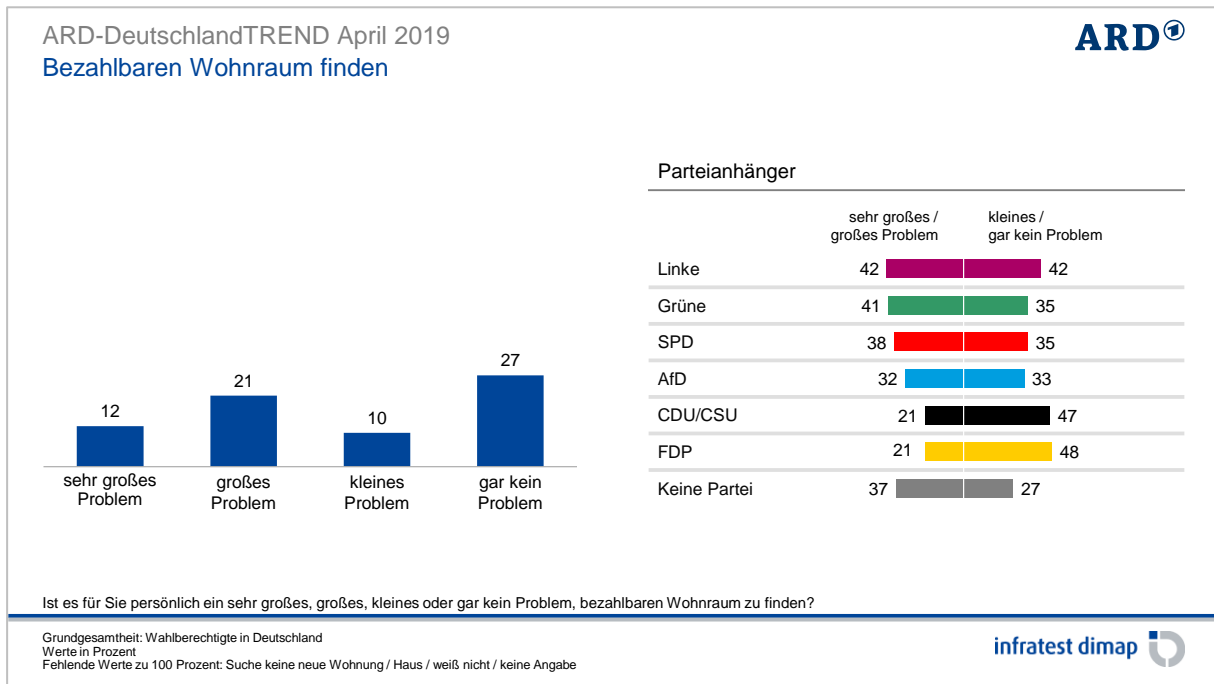
Wäre dies das Ergebnis eines Urnengangs, hätte die aktuelle Bundesregierung keine Mehrheit.



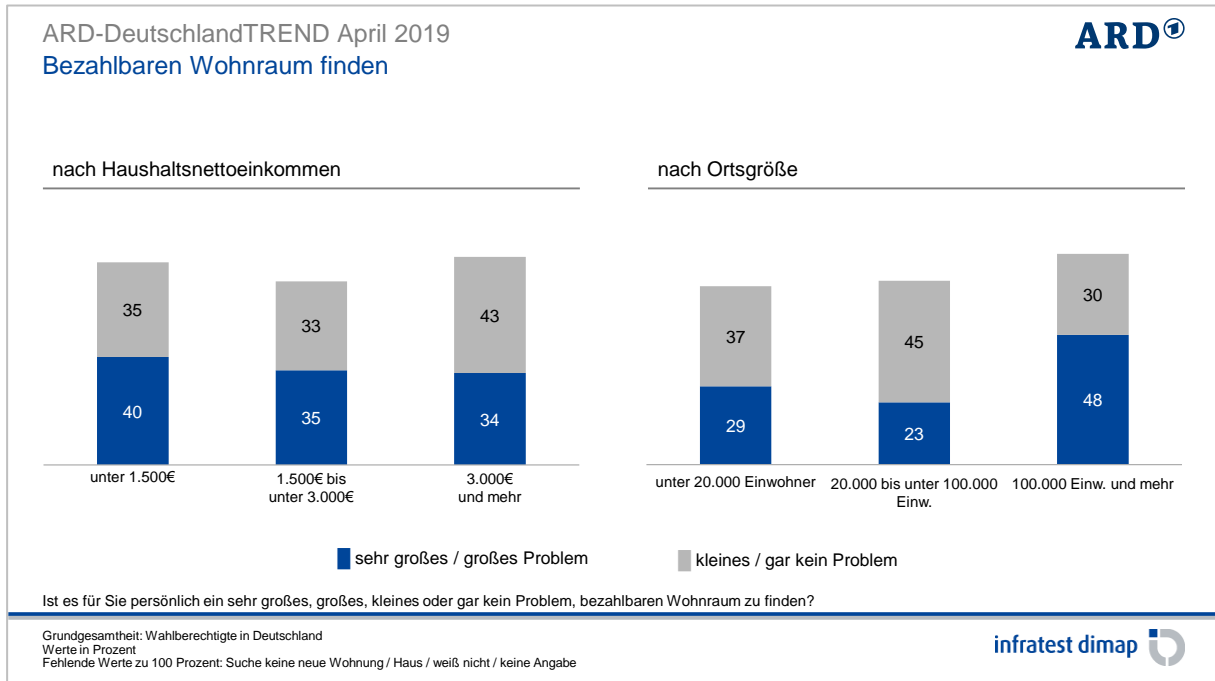
Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Bezahlbarer Wohnraum - vor allem in Großstädten ein Problem

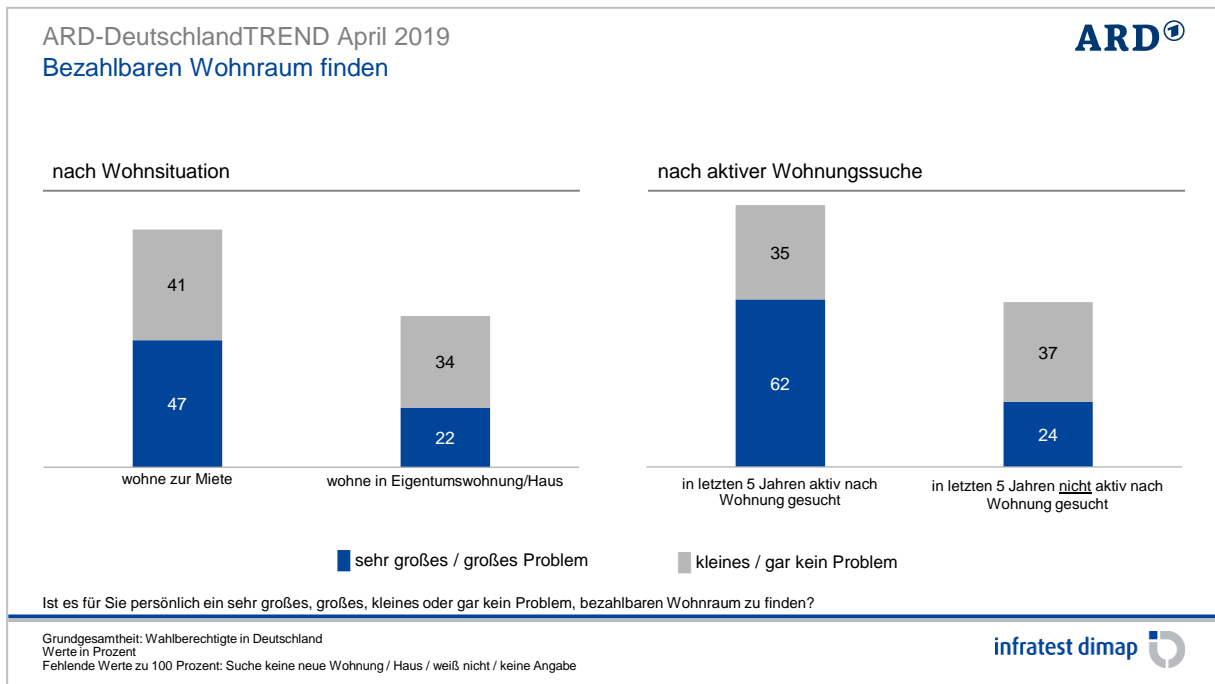
Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn“ sind am Samstag in verschiedenen Städten Demonstrationen geplant, auf denen ein Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigende Mieten zentrale Themen sind. Die Suche nach bezahlbarem Wohnraum gestaltet sich für ein Drittel der Bürger schwierig: für 33 Prozent stellt es nach eigenen Angaben aktuell ein sehr großes oder großes Problem dar, bezahlbaren Wohnraum zu finden.



Besonders problematisch gestaltet sich die Situation in Großstädten, wo es aus Sicht jedes Zweiten (48 Prozent) schwierig ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Menschen in Haushalten mit niedrigem Einkommen sind mit 40 Prozent etwas stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung betroffen.

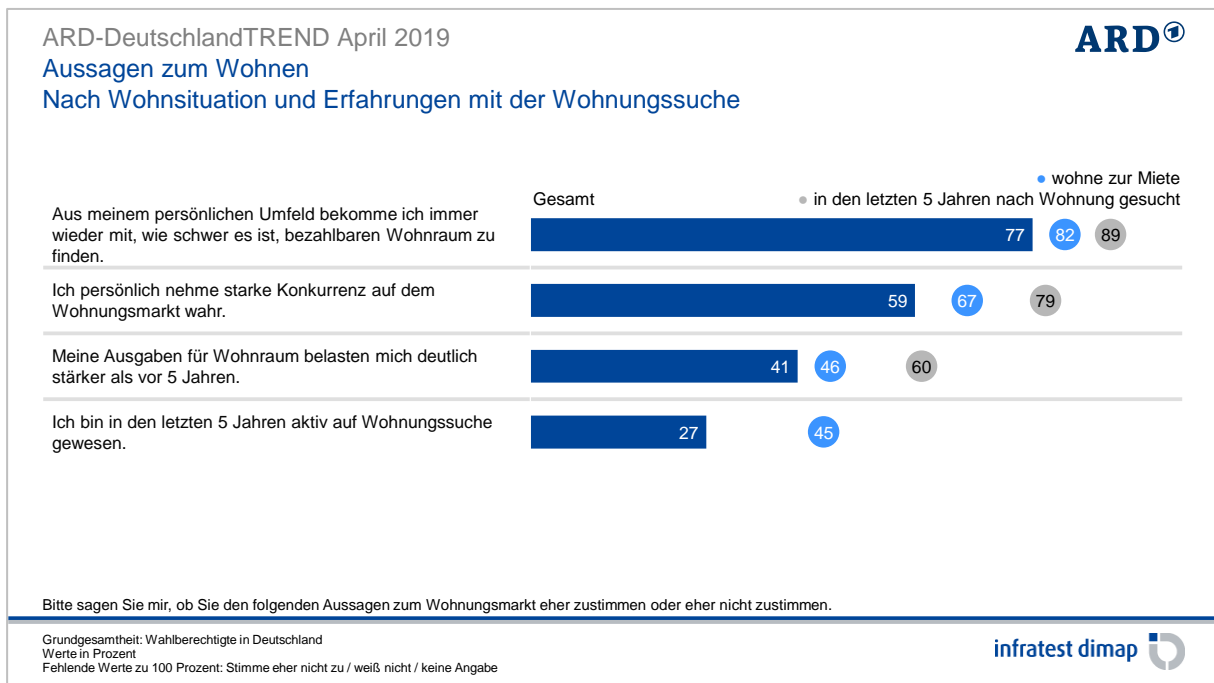


Den schwierigen Wohnungsmarkt nehmen darüber hinaus Wohnungsmieter deutlich stärker als Eigentümer (47:22 Prozent). Und wer in den letzten Jahren selber auf Wohnungssuche war, benennt zu 62 Prozent das Finden bezahlbaren Wohnraums als großes Problem. Bei denen, die nicht selbst auf Suche waren, sind es hingegen lediglich 24 Prozent.



Auch wenn nur ein Teil der Bevölkerung direkt von der schwierigen Situation auf dem Wohnungsmarkt betroffen ist, kennen viele das Problem aus ihrem persönlichen Umfeld. Drei Viertel der Bürger (77 Prozent) geben an, immer wieder mitzubekommen, wie schwer es ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Mehr als die Hälfte der Deutschen (59 Prozent) nimmt nach eigenen Angaben starke Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wahr und 41 Prozent empfinden die Ausgaben für Wohnraum als deutlich stärkere Belastung als vor fünf Jahren.

Verstärkt werden diese Probleme wiederum in Großstädten wahrgenommen und auch Mieter und jene, die in den letzten fünf Jahren nach einer Wohnung gesucht haben, bewerten die Situation als überdurchschnittlich problematisch.



--
Michael Kunert / Reinhard Schlinkert